Ausgabe 4/2018

JULIMAGAZIN

Außenpolitik am Scheideweg
Wie glückt die Bundeswehr von morgen?

Die Wehrpflicht,
das gestohlene Jahr

Die NATO
Alles andere als ein Auslaufmodell

Bildnachweis: Photocase/sto.E

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

MITTELSTAND GESTALTEN

Werde aktiv und Mitglied im Liberalen Mittelstand Nordrhein-Westfalen. Gestalte gemeinsam mit Unternehmern aus verschiedensten Branchen den deutschen Mittelstand.

Der Liberale Mittelstand ist Plattform, Netzwerk und politisches Sprachrohr für liberal gesinnte Mittelständler. Wir sind die Interessensvertretung und kompetenter Ansprechpartner von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern, Selbstständigen sowie deren Mitarbeiter als selbstbestimmte Marktteilnehmer im Geiste der Aufklärung und des Liberalismus.

Unser zentrales Leitbild ist dabei Freiheit als Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung für sich selbst wie auch für Unternehmen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft insgesamt. Die Zusammengehörigkeit von Verantwortung und Haftung sind für uns selbstverständlich.

FÜR SCHÜLER, STUDENTEN UND AZUBIS 42,00 EURO PRO JAHR.

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesgeschäftsstelle
Ehrenfeldstraße 14, 44789 Bochum
Tel.: 0211. 49 70 940
Fax: 0211. 88 25 31 237
E-Mail: geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw
Webseite: www.liberaler-mittelstand.nrw

Tim Schütz

Chefredakteur

Liebe JuLis,

hinter uns liegt ein rekordverdächtiger Sommer. Die Temperaturen schossen Tag für Tag in für Mitteleuropäer ungewohnte Höhen und trieben uns in die Freibäder des Landes. Auch das traditionelle Sommerloch wurde von dem umhertaumelnden Schiff „GroKo“ unter fehlender Führung der theoretischen Kapitänin Angela Merkel zielsicher bei einigen Themen am Hafen vorbei in längst für zu Recht ausgetrocknet geglaubte Gefilde gelenkt. Mein persönlicher Tiefpunkt: die wochenlange Debatte zur Wehrpflicht. Zwang und Quantität statt Wunsch und Qualität.

Auch in diesem Jahr konnte das Sommerloch die wahren Probleme eines Ressorts verschleiern. Gerade im Bereich der Verteidigungspolitik gibt es dabei seit geraumer Zeit einige offene Flanken, die dringend geschlossen werden müssen.

Marius geht in diesem Magazin z. B. unter anderem auf den Aspekt mangelnder Ausstattung ein. Krankt die jetzige Bundeswehr schon an unzureichendem Material, müsste man bei einer Wehrpflicht zur jetzigen Zeit wohl wieder mit bloßer Faust kämpfen …

Anne will in diesem Magazin die Forderung nach höherer gesellschaftlicher Akzeptanz der Bundeswehr im Vergleich zu anderen Berufen einordnen und Alex macht sich Sorgen um den Zustand der Bundeswehr und widerspricht Anne: Aus seiner Sicht haben Bundeswehrsoldaten mehr Respekt verdient. Auch die Zukunft der Bundeswehr wird in diesem Magazin kritisch beleuchtet: Fabian wirbt gegen eine Verweigerung bei der Forschung an autonomer Kriegsführung und Marc zeigt auf, warum die NATO auch in Zukunft kein Auslaufmodell ist.

Zudem wird über die Liberalisierung von Waffengenehmigungen, Waffenexporte nach Saudi-Arabien und über die Sinnlosigkeit der Wehrpflicht debattiert.

Doch wie in jedem JULIMAGAZIN findet sich neben Diskussionsbeiträgen und Statements auch genug Platz, um seichtere und weniger politische Unterhaltung zu genießen: Wer sich schon immer gefragt hat, wie für Léon Beck der Liberalismus als Gesichtsausdruck aussieht und welchen Satz man sowohl im heimischen Schlafzimmer als auch auf Landeskongressen der JuLis sagen kann, der wird an diesem Heft seinen Spaß finden.

Stichwort Landeskongress: Alex Steffen berichtet in diesem Magazin als Landesprogrammatiker von unserem sehr ereignisreichen Kongress Anfang Oktober.

In diesem Sinne: Viel Spaß bei der Lektüre,

Euer

Tim

THEMEN

IN HALT

1. Anne will …
2. „Si vis pacem para bellum“
3. Drei Meilensteine für die Bundeswehr von morgen
4. Für/Gegen eine Liberalisierung von Waffengenehmigungen
5. Digitalisierung in der Bundeswehr
6. Ein neuer Stern am Himmel Saudi-Arabiens?
7. Interview ohne Worte
8. LaKo 91 – Zwischen harten Debatten und heißem Dancefloor
9. Die Wehrpflicht, das gestohlene Jahr
10. Schluss mit den SciFi-Horrorvisionen – Ein Plädoyer für die Forschungsfreiheit
11. Die NATO – Alles andere als ein Auslaufmodell!
12. Die letzte Seite

IMPRESSUM

CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.
Tim Schütz
(tim.schuetz@julis-nrw.de)

REDAKTION
Christian Averkamp, Marc Bauer, Marius Bentz, Onur Büyükgök, Alexander Kobuss, Anna Neumann, Fabian Schefczik, Fabian Urbeinczyk, Anne Wickborn (Ressortleiterin Kolumne)

HERAUSGEBER UND VERLAG
Junge Liberale
Landesverband NRW e.V.
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

FOTOS
photocase.com/Adobe Stock

GESTALTUNG
BTW MARKETING Werbeagentur, Werne

DRUCK
frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Liebe Frau von der Leyen,

Anne will ....

Sex-Skandale, rollende Schweinsköpfe, Hitlergrüße. Was sich auf den ersten Blick liest wie die Synopsis einer durchschnittlichen Folge Dschungelcamp, bezieht sich eigentlich auf die ansehnliche Skandal-Chronik, die die Bundeswehr in den letzten Jahren angesammelt hat. Ich könnte weitere auflisten, möchte aber an dieser Stelle nur ungern auf Bild-Niveau sinken. Fakt ist: Zahlreiche Schlagzeilen aus Bundeswehrkasernen haben die ohnehin schon schwierige Beziehung der Deutschen zu den Soldatinnen und Soldaten sicher nicht vereinfacht. Als Reaktion auf die sinkende Solidarität in der Bevölkerung werden nun immer wieder Stimmen laut, die mehr gesellschaftlichen Rückhalt für die Wehrdienstleistenden fordern. Mehr Anerkennung. Mehr Dankbarkeit. Mehr Respekt. Mit belehrendem Finger wird nach Frankreich oder in die USA gewiesen, wo eine Militärparade die nächste jagt oder Soldaten nach Auslandseinsätzen am Flughafen von einer jubelnden Delegation aus Angehörigen, dankbaren Bürgern und Politikern empfangen werden.

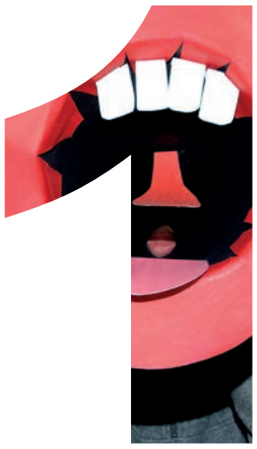
Aber – muss das so sein?

Haben Sie, Frau von der Leyen, Recht, wenn Sie erklären, die Bundeswehr bräuchte zwingend gesellschaftlichen Rückhalt? Und schlägt Peter Tauber in die richtige Kerbe, wenn er Bürgerinnen und Bürger auffordert, beim nächsten Kontakt mit Bundeswehrsoldaten den Augenblick zu nutzen und sich einfach mal persönlich zu bedanken?

Mich irritieren solche Forderungen. „Geh und sag Danke“ klingt mehr wie Dialogfetzen, die ich an der Fleischtheke aufschnappe, nachdem die freundliche Verkäuferin dem verstockten Vierjährigen eine Scheibe Schinkenwurst in die trotzig geballte Faust gedrückt hat. Nicht unbedingt die Art der Aufforderung, die ich als mündige Bürgerin aus der Politik hören möchte.

Ist es nicht meine Privatangelegenheit, wie viel Dankbarkeit ich den Vertretern bestimmter Berufsgruppen zolle? Ich bin als selbstständiger Mensch durchaus in der Lage, nach vernünftiger Abwägung zu einem fundierten Urteil über das Maß an Wertschätzung zu kommen, welches ich den Soldaten zukommen lassen möchte. Vielen Dank für ihre Bemühungen, aber um meine Dankbarkeit auszudrücken oder sie gar erst zu empfinden, brauche ich zu keinem Zeitpunkt die Ermunterung der Politik.

Mindestens genauso falsch wie die Annahme, dass ich als Bürgerin von der Politik auf die Gegenstände meiner Dankbarkeit hingewiesen werden muss, ist die implizierte Sonderstellung der Bundeswehr in Ihrer Aufforderung. Zugegeben, der Stolz auf das Militär hat eine lange Geschichte und ist auch heute noch in der Mentalität vieler tief verwurzelt. Aber zeitgemäß ist er nicht mehr. Ich könnte genauso gut Ärzten dankbar sein, die in 24-Stunden-Schichten alles für die Gesundheit und das Wohlergehen ihrer Patienten tun, auch wenn diese sie beschimpfen, bespucken und beleidigen. Feuerwehrleuten, die ihr Leben riskieren – teilweise sogar unvergütet. Ehrenamtlichen Lehrern, die Sprachkurse für Flüchtlinge anbieten. Der Beitrag, den die Soldaten und Soldatinnen zu unserer Gesellschaft und ihrem Schutz leisten, ist selbstverständlich enorm. Andere Berufsgruppen leisten aber genauso wichtige Beiträge – daher rechtfertigt er keine heroische Sonderstellung.



Es ist nicht so, dass ich Ihr Bemühen um mehr gesellschaftliche Anerkennung der Bundeswehr logisch nicht nachvollziehen kann. Die Bundeswehr hat ein Nachwuchsproblem. Natürlich ist es billiger, die Bürgerinnen und Bürger dazu zu ermutigen, den Soldaten Anerkennung und Respekt zu zollen, und sich durch die gesellschaftliche Aufwertung mehr Rekruten zu erhoffen, als ein bisschen anständige Ausrüstung zu spendieren. Oder wirklich dafür zu sorgen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Soldaten nicht länger nur wie ein schlechter Scherz klingt. Richtig und zielführend ist es trotzdem nicht.

Die Bundeswehrsoldaten sind nicht auf gesellschaftlichen Rückhalt angewiesen. Sie arbeiten nicht für den warmen Händedruck oder das Schulterklopfen, welches einige Stimmen seit Längerem so verzweifelt fordern. Ich bin überzeugt, dass die Motivation der Soldatinnen und Soldaten nicht einfach nur das Streben nach Anerkennung, sondern vielmehr der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist. Also, verschwenden Sie bitte keine Zeit damit, vermeintlich belehrungsbedürftige Bürger von der Dankbarkeit zu überzeugen, die diese Ihrer Meinung nach empfinden müssten. Drücken Sie doch stattdessen Ihre eigene Anerkennung aus – durch eine Umstrukturierung, eine Reformierung der Bundeswehr, die das persönliche Risiko der Soldaten minimiert und endlich sicherstellt, dass sie ihre Aufgaben angemessen und unbehindert von technischen Ausfällen erledigen können. Wenn Sie dafür noch konkrete Anregungen brauchen, empfehle ich die Lektüre des vorliegenden Magazins.

Anne Wickborn (17), angehende Medizinstudentin, ist Beisitzerin im Bezirksvorstand Aachen und Ressortleiterin Kolumne des JULIMAGAZINS. Ihr erreicht sie unter: **anne.wickborn@julis.de.**

Bildnachweis: Seleneos / photocase.de

„Si vis pacem para bellum“

Unsere Bundeswehr taucht seit Jahrzehnten immer wieder in den Schlagzeilen der Presse auf, zumeist leider negativ. Das liegt vor allem an den eklatanten Mängeln der Ausstattung und der inkompetenten Führung durch das Verteidigungsministerium. Um die Bundeswehr zukunftsfähig zu machen, müssen grundlegende Änderungen in der Ausrichtung unserer Streitkräfte vollzogen werden und wir als Liberale haben ein Interesse daran, diese mitzugestalten.

Alexander Kobuss (20) *studiert Lehramt für Gymnasien mit den Fächern Geschichte sowie Sozialwissenschaften und ist Mitglied der Jungen Liberalen Köln. Seine Kernthemen sind die Bildungs-, Verteidigungs- und Außenpolitik. Ihr erreicht ihn unter* **alexkobuss@yahoo.de**.

„Si vis pacem para bellum“ – „Wenn du den Frieden willst, dann bereite dich auf den Krieg vor.“ So besagt es ein lateinisches Sprichwort. Friedenssicherung durch militärische Stärke – eine Idee, die nicht nur dem Römischen Reich zu seinem jahrhundertelangen Bestand verhalf, sondern auch ein Modell, mit dem die USA bisher gut beraten waren. Nach diesem Konzept sollten auch wir unsere Bundeswehr ausrichten.

Wie hat man es so weit kommen lassen?

Wir haben in Deutschland ein ambivalentes Verhältnis zu unserem Militär. Das hat vor allem historische Gründe. Zwar ist der Militarismus und eine reiche Militärgeschichte in unserer Kultur verankert, aber dennoch halten wir uns davor zurück, unsere militärischen Traditionen zu zelebrieren. Das Trauma der zwei Weltkriege und vor allem das Nachhallen der totalitären NS-Herrschaft haben unseren Blickwinkel auf das Militär bis heute maßgeblich geprägt. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass nach 1945 nicht die gleichen Fehler wie 1918 begangen werden sollten. Also wurde der Wiederaufbau der westdeutschen Streitkräfte 1955 eng von den Alliierten begleitet und ebenso kontrovers in der deutschen Politiklandschaft diskutiert.

Doch nun ist Deutschland seit 1990 und den „2+4“ Verträgen nicht nur ein souveräner Staat, sondern trägt in der Konsequenz auch die Hauptverantwortung der eigenen Landesverteidigung. Die oberste Aufgabe eines Staates ist das Durchsetzen der Verfassung und damit auch der individuellen und unveräußerlichen Freiheitsrechte des Einzelnen. Diese müssen sowohl nach innen, durch Polizei und Justiz, als auch nach außen durch das Militär geschützt werden. Spätestens nach dem Mauerfall hätte man die jahrelang bekannten Mängel der Bundeswehr beseitigen müssen, aber es wurde nichts dergleichen unternommen.

Es mangelt an Grundlegendem

Zu Beginn des Jahres listete das Verteidigungsministerium die Mängel der Bundeswehr auf. Die bereits zur Gewohnheit gewordenen Berichte über „nur bedingt einsatzfähige“ Hubschrauber, Panzer und Schiffe gehören dort mittlerweile zum Alltag. Als wäre das nicht schon Zumutung genug, kristallisiert sich heraus, dass es auch an den Grundlagen, wie Zelten, Uniformen und Waffen, mangelt. Zustände, in denen die Soldaten zum Schießtraining auf Kriegsgerät angewiesen sind, von dem noch die Hakenkreuze abgekratzt wurden, sind unhaltbar.

Die Beschaffung von moderner Ausrüstung und die erstklassige Versorgung der Bundeswehr sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Verteidigungsministerin von der Leyen konzentrierte sich in den letzten Jahren verstärkt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Bundeswehr; sicherlich eine noble Intention, aber im Lichte der eklatanten Mängel der Streitkräfte eine vollkommene Fehleinschätzung der Prioritäten für die Bundeswehr. Kindergärten für die Kasernen sind ein wünschenswertes Langzeitprojekt, aber reine Symbolpolitik, solange es den Soldaten an vernünftiger Ausrüstung fehlt. Zwar ist Kompetenz keine notwendige Voraussetzung für den Posten eines Ministers, aber das vollständige Versagen des Verteidigungsministeriums und seiner Ministerin macht deutlich, dass es Zeit für Veränderungen ist.

Die Bundeswehr zukunftsfähig machen

Wenn sich ein Militär in einem Zustand wie unsere Bundeswehr befindet, so gibt es nur zwei logische Schlussfolgerungen. Entweder man schafft das Militär ab oder man erhöht den Wehretat. Im Ernstfall ist unsere Bundeswehr nicht einsatzbereit und nur bedingt in der Lage, ihre Verpflichtungen gegenüber der NATO zu erfüllen. Also handelt es sich bei der Bundeswehr momentan um eine 39 Milliarden schwere Investition ohne echten Ertrag. Wenn uns die Bundeswehr erhalten bleiben soll, muss der Wehretat dementsprechend erhöht werden, und das mindestens um das Doppelte. Deutschland muss endlich der Verpflichtung gegenüber der NATO und dem „2-%-Ziel“ gerecht werden, insbesondere weil die Zusammenarbeit mit unserem wichtigsten militärischen Verbündeten, den USA, sich momentan als schwierig gestaltet.

Neben der Beschaffung adäquater Ausrüstung für unsere Soldaten und der Instandhaltung sowie Erweiterung des militärischen Kriegsgerätes, wie U-Boote, Panzer und Helikopter, muss auch die Expansion im Bereich Cyberwar vorangetrieben werden. Der digitale Raum ist eines der großen Schlachtfelder der Zukunft, gerade bei der voranschreitenden Digitalisierung auf der Welt. Wenn es der deutschen Politik schon egal ist, ob die Bürger schnelles Internet haben oder Deutschland wirtschaftlich ins Hintertreffen gerät, so sollte es zumindest genügend Motivation sein, wenn Deutschlands nationale Sicherheit auf dem Spiel steht. Diese Gefahren beschränken sich nicht nur auf die Problematik von gestohlenen Daten und Wirtschaftsspionage, sondern auch auf terroristische Aktivitäten, wie das Lahmlegen ganzer Stromnetzwerke in deutschen Großstädten. Die Bundeswehr muss gerüstet sein, um Cyberattacken abwehren zu können.

Bei diesen ganzen kostspieligen und zeitintensiven Maßnahmen stellt sich die Frage, ob die Bundeswehr nicht doch lieber aufgelöst werden sollte. Warum brauchen wir denn eine Armee, wenn wir nur den Frieden und stärkere internationale Zusammenarbeit wollen?

Weil es immer noch Leute gibt, die das nicht wollen! Deswegen müssen wir demonstrieren, dass wir für den Ernstfall vorbereitet sind und es für uns keine Option ist, unsere Streitkräfte aufzulösen und somit unsere Prosperität und Freiheit zu gefährden.

Soziale Akzeptanz

Ein jeder möchte in seinem Schaffen und in seinem Beruf geschätzt werden – Anerkennung bekommen. In unserer Gesellschaft gibt es viele Berufe, die einen immens wichtigen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten: Ärzte, Polizisten, Lehrer – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Aber warum ist die Akzeptanz gegenüber den Soldaten so gering? Die historischen Gründe haben bereits Erwähnung gefunden. Zudem zieht sich durch die akademischen Kreise eine Art linke Geringschätzung für die Bundeswehr – à la „Soldaten sind Mörder“. Bei einer solchen Aussage handelt es sich nicht nur um eine hochgradig idiotische Äußerung, sondern auch um eine absolut respektlose Haltung gegenüber den Männern und Frauen in Uniform, die tagtäglich ihr Leben riskieren, damit wir unseres in Freiheit und Frieden leben können.

Es muss dem Soldatenberuf endlich die soziale Akzeptanz zukommen, die er verdient hat. Der Volkstrauertag ist als stiller Gedenktag für die Kriegstoten aller Nationen sicherlich der falsche Ort für protzige Militärparaden. Als erster Schritt wäre es denkbar, einen Feiertag in Deutschland einzuführen, der sich am „Veterans Day“ in den USA orientiert; ein Tag, um die Veteranen und aktiv dienenden Soldaten zu ehren. Dass Deutschland ein ähnlich inniges (zuweilen etwas skurriles) Verhältnis zu seinem Militär entwickelt wie die Vereinigten Staaten, erwartet und verlangt niemand. Aber ein angemessenes Maß an Dankbarkeit für unsere Soldaten ist das Mindeste, was eine Gesellschaft für die Menschen tun kann, die ihr Leben für unseres und unsere Freiheiten riskieren. Zudem wird diese Form der Würdigung die Attraktivität des Soldatenberufes massiv steigern und ist damit das beste Werbemittel für die Bundeswehr, im Gegensatz zu Dienst- oder Wehrpflicht.

Zuletzt gibt es eine Sache, die jeder machen kann, der diesen Artikel liest. Nächstes Mal, wenn du unterwegs bist und eine/-n unserer Frauen und Männer in Uniform siehst, dann gehe zu ihr oder ihm und bedanke dich für ihren Dienst an unserem Land. Sie werden sich freuen.

Bildnachweis: pnetzer / photocase.de

Drei Meilensteine für die Bundeswehr von morgen

Bildnachweis: Flügelwesen / photocase.de

Zukunft der Bundeswehr

„Hat mir ja auch nicht geschadet“ - vielleicht DAS Argument zur Wiedereinführung der Wehrpflicht, welches wir in jüngster Vergangenheit hören durften. Ein Argument, das vielleicht für eine Sommerlochdebatte genügen mag, aber ganz sicher nicht der Umstrukturierung einer gesamten Verteidigungsarmee angemessen ist.

Es ist unbestreitbar, dass Reformen der Bundeswehr längst überfällig sind, jedoch sollten diese über Symbolpolitik hinausgehen. Der Vergleich mit anderen modernen Armeen, wie den Streitkräften der USA, Großbritanniens oder Frankreichs, zeigt uns nämlich, dass die Wehrpflicht nicht das Mittel der Wahl zur Modernisierung und effizienten Gestaltung einer Armee ist.

Statt zwangsrekrutierten, vermutlich unqualifizierten und womöglich unmotivierten Hilfskräften braucht eine moderne Armee vor allem gute Ausrüstung und qualifiziertes, professionelles Personal. Für Letzteres müssen gerade junge Leute mit hoher Motivation gewonnen werden. Doch wie können wir das erreichen?

Beschaffung

In den letzten Jahren hat die Bundeswehr bezüglich ihrer Ausrüstung, gelinde gesagt, eher negative Schlagzeilen gemacht. Mangelhafte Projekte wie die Eurohawk-Aufklärungsdrohne, das Transportflugzeug Airbus A400M oder der Schützenpanzer Puma hinterließen tiefe Risse in der Glaubwürdigkeit deutscher Rüstungspolitik und zeugten von der Fehlplanung und ineffizienten Arbeitsweise des Wehrbeschaffungsamts. All diese Projekte haben nämlich gemein, dass ihre, vom Wehrbeschaffungsamt verfassten, Ausschreibungen unzureichend waren und so während der Entwicklungszeit zusätzliche Nachbesserungen und -entwicklungen angeordnet werden mussten. Diese verursachen nicht nur enorme Kosten, sondern verzögern auch die Fertigstellung der Produkte immer weiter. So wurden beispielsweise beim Transportflugzeug A400M mehrfach Vergrößerungen des Frachtraums angeordnet – was jedoch angesichts der Tatsache, dass bei einem Flugzeug alle Maße durch Funktion und gesetzliche Auflagen eng miteinander verknüpft sind, beinahe einer Neuentwicklung des gesamten Flugzeugs glich.

Ein weiteres Problem ist, dass die Instandsetzung und Wartung von Flugzeugen, Schiffen und Fahrzeugen bei der Bundeswehr größtenteils privatisiert sind. Bereits abgeschlossene Wartungsverträge decken das erforderliche Leistungsspektrum jedoch nur unzureichend ab. Um diese Missstände zu verbessern, sollte vermehrt in Personal mit Know-how aus der Rüstungsindustrie investiert werden, um höhere Folgekosten zu vermeiden.

3

Finanzierung

Die Bundeswehr verfügt, gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts, im internationalen Vergleich über geringe finanzielle Ressourcen. Im Bundeshaushalt von 2017 betrug das Budget der Bundeswehr rund 1,2 %, was deutlich unter der mit den NATO-Partnern vereinbarten Richtlinie von 2 % des BIPs liegt. Zum Vergleich: England, Frankreich und die USA, unsere wichtigsten militärischen Partner, investierten 2017 zwischen 1,8 % und 3,1 % ihres BIPs in die Verteidigung.

Würden wir unseren Verteidigungsetat auf 2 % des BIPs erhöhen, so würden unsere Ausgaben für Verteidigung beinahe verdoppelt werden und rund 20 % des Bundeshaushalts betragen. Eine solche Maßnahme ist natürlich nicht unumstritten: Gegner einer solchen Erhöhung kritisieren zu Recht die ohnehin schon hohe Belastung der Bürger, die immensen Kosten unseres Sozialstaats und die immer schwieriger werdende Finanzierbarkeit unseres Rentensystems.

Für eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts sprechen aber nicht nur die außenpolitische Notwendigkeit einer fähigen Verteidigungsarmee und die Absprache der NATO-Partner an sich, sondern eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts ist auch als eine Investition in den europäischen Zusammenhalt zu sehen: Die Einführung/Gründung einer europäischen Armee ist für unsere europäischen Partner wesentlich attraktiver und somit auch besser umsetzbar, wenn wir schon funktionierende Strukturen vorweisen können und jene die Anstrengungen des Wandels nicht alleine tragen müssen.

Darüber führt die Bundeswehr als Parlamentsarmee nur die von Volksvertretern demokratisch beschlossenen Aufträge aus, weshalb wir es uns zur gesellschaftlichen Aufgabe machen sollten, die hierdurch entstehende Gefährdung der Soldaten zu minimieren, indem wir die finanziellen Mittel für beste Ausrüstung bereitstellen.

Gesellschaftlicher Rückhalt

Um motivierte junge Leute für sich gewinnen zu können, reicht es aber nicht, nur die Strukturen der Bundeswehr oder die Bezahlung der Soldaten zu verbessern. Der Soldatenberuf ist in erster Linie ein Freiwilligendienst an der Gesellschaft und unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen wichtigen Beitrag zu unserer freiheitlichen Grundordnung. Wir sollten uns auch hier ein Beispiel an unseren europäischen Partnern, beispielsweise Frankreich, England oder Spanien, nehmen, in denen den Soldatinnen und Soldaten viel Anerkennung entgegengebracht wird: So gelingt es, dass eine militärische Laufbahn auch für qualifizierte junge Leute wieder attraktiv wird.

Marius Bentz, 23 Jahre alt, ist Bezirksvorsitzender der JuLis Aachen und studiert Maschinenbau an der RWTH. Besonders wichtige Themen sind für ihn neben Verteidigung auch Wirtschaft, Europa und Umwelt. Ihr erreicht ihn unter **bentz@julis.de.**

thinkliberal.de

Unser Angebot

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort wie Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate, Messe- und Kongressequipment oder Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller und Visitenkarten im aktuellen Design der Freien Demokraten.

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation
Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne
Telefon: 02389 . 92 75 82 | Telefax: 0211 . 88 25 31 237 | info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

Ihr Shop für FDP Werbemittel

4

Für eine Liberalisierung von Waffengenehmigungen:

Liberalismus sollte nicht vor dem Recht auf Schusswaffen aufhören!

Das 2nd Amendment (d. h. der zweite Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika) sichert US-amerikanischen Bürgern das Recht auf Waffen zu. Dort heißt es: „Da eine wohlgeordnete Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.“ Der Grundsatz des Rechts auf den Besitz und das Tragen von Waffen liegt also im Schutz der persönlichen Freiheit. Doch ist die Waffe zum Zwecke der Selbstverteidigung heutzutage überhaupt noch notwendig oder nur ein Relikt aus alten Zeiten?

Meine Antwort darauf: Ja, sie ist notwendig. Wer glaubt, dass wir heutzutage in sicheren Zeiten leben und unsere persönliche Freiheit selbstverständlich ist, der irrt sich.

Die Freiheit des Einzelnen wird heute von verschiedenen Seiten zunehmend bedroht.

Zum einen durch „Alltagskriminalität“, wie Einbrüche, Überfälle etc.

Wer würde es nicht bevorzugen, sich im Falle eines Angriffs selbst verteidigen zu können? Sei es, um eine Vergewaltigung zu verhindern, einen Einbrecher zu stellen oder um sich bei einem Raubüberfall nicht wehrlos dem Angreifer ergeben und womöglich lebensbedrohlich verletzt werden zu müssen. Auch Zivilcourage in wirklich brenzligen Situationen müsste für den Eingreifenden nicht in einem hohen Risiko münden.

Hinzu kommen noch die politischen Bedrohungen durch die extremen Linken und Rechten und nicht zu vergessen die steigende terroristische Gefahr. Gut möglich, dass einige Attentate früher hätten gestoppt werden können, wenn nicht nur der Attentäter, sondern auch anwesende rechtschaffene Bürger eine Schusswaffe und somit die Möglichkeit zur Selbstverteidigung gehabt hätten.

Fakt ist: Wer in Deutschland an eine Schusswaffe kommen will, der schafft das dank des florierenden Schwarzmarktes auch so. Ähnlich wie bei Drogen.

Das System des Verbotes (bzw. der sehr schweren Beschaffung einer eigenen Schusswaffe) funktioniert daher offensichtlich nicht.

Warum fordern wir also nicht auch hier eine kontrollierte Abgabe, geknüpft an Bedingungen wie die psychologische Eignung und nicht vorhandene Vorstrafen?

Möglich wäre zum Beispiel, lizensierte Läden für Schusswaffen zu erlauben, bei denen sich Bürger, die ein psychologisches Gutachten sowie ein polizeiliches Führungszeugnis eingeholt haben, gegen Vorlage dieser Unterlagen eine Handfeuerwaffe beschaffen können. Zudem muss der Besitz und das Tragen von Schusswaffen an die Teilnahme an Schulungen geknüpft werden, die den richtigen Umgang mit Handfeuerwaffen ausschließlich zur Verteidigung von sich selbst und anderen erläutert. Natürlich muss auch regelmäßig kontrolliert werden, dass die Eignungskriterien für den Besitz der Schusswaffe noch vorliegen, sodass jährlich eine erneute psychologische Untersuchung stattfinden muss und bei Begehung einer Straftat durch den Träger der Waffe diese (unwiderruflich) entzogen wird.

Solch eine kontrollierte Abgabe von Schusswaffen würde damit eine gute Balance zwischen Freiheit und Sicherheit des Einzelnen darstellen, indem der Waffenbesitz zu Verteidigungszwecken ermöglicht, aber an strenge Bedingungen geknüpft wird, die die Chance eines Missbrauchs des Systems minimieren.

Überlassen wir die Waffen daher nicht nur Kriminellen, Reichsbürgern und Terroristen. Lassen wir den Liberalismus nicht vor dem Besitz von Schusswaffen enden!

Christian Averkamp (22) *ist Schatzmeister bei den JuLis Münsterland und absolviert gerade seine Ausbildung zum Milchtechnologen. Ihr erreicht ihn unter* ***chr.averkamp@gmx.de.***

Gegen eine Liberalisierung von Waffengenehmigungen:

Schusswaffen sind eine tödliche Gefahr!

Das Tragen der Waffe war früher nur dem freien Mann gestattet, es war oder ist daher das „Symbol der Freiheit“; oder das Verlangen nach Waffen bzw. „die Freude am Schießen sind Teil unserer Urinstinkte“, liest man, wenn man sich im Internet nach der Waffenliberalisierung und seinem Für und Wider informieren möchte. Aber wozu soll dieses Symbol „der Freiheit“ heute noch geschützt werden, wenn die Bewohner Deutschlands und der Europäischen Union in ihrer Freiheit kaum Einschränkungen haben? Sind Waffen ein Relikt aus alten Zeiten oder Westernfilmen oder sind sie noch zeitgemäß?

In der Bundesrepublik geht von privaten Waffen kaum Gefahr aus, aber man kann nicht einschätzen, wie sich eine Liberalisierung auf das Zusammenleben auswirken würde und welche Folgen das auf die Freiheit hätte. Wer sich eine Schusswaffe anschafft, will sich schützen, das muss man anerkennen. Aber sind schwache Charaktere in der Verfassung, eine solche Waffe zu benutzen? Gerade das Argument der Selbstverteidigung durch Schusswaffen ist leicht zu entkräften, denn Selbstverteidigung geht auch ohne Waffen. Die Polizei hat im Falle einer potenziellen Gefahr oder der Notwendigkeit der Selbstverteidigung die Aufgabe, jedem Individuum Freiheit und Schutz zu gewährleisten.

„Guns don't kill people, people kill people.“ Dieses Statement stimmt an sich. Ergänzen würde ich aber: „But nobody can know what people think or scheme in secret." Geklärt werden müsste also, wer eine Waffe auf welchem Weg anschaffen kann. Warum sollte man einem Menschen durch eine Waffe die Macht geben, andere Menschen einer potenziellen Gefahr auszusetzen, zu verletzen oder sogar zu töten? Wenn man einen Menschen umbringen will, ist es ein Unterschied, ob man beispielsweise mit einem Messer eine Straftat begeht oder mit einer Schusswaffe. Beides sind Waffen, aber Waffen verschiedener Dimensionen. Um mit dem Messer handeln zu können, muss man sich seinem Opfer nähern. Bei einer Schusswaffe ist eine Distanz von mehreren Metern kein Hindernis. Folglich ist die Hemmschwelle im zweiten Fall viel niedriger. Auch ein schnelles Töten ist dadurch einfacher. Aus der Perspektive des Opfers ist eine Verteidigung gegen einen Messerangriff eher möglich als gegen eine Schusswaffe.

Nehmen wir die USA als Beispiel: Im Jahr 2011 kamen auf 100 Einwohner 89 Schusswaffen. 2017 wurden in den Vereinigten Staaten 15.590 Einwohner durch Schusswaffen getötet und 31.181 Menschen durch Schusswaffen verletzt. Eine hohe Zahl. Da wundert es einen nicht, wenn der Satz „Schwieriger, ein Bier zu bekommen als eine (...) Waffe“ leider ernst gemeint ist. Die dann aufkommende Frage lautet somit: Wären diese 15.590 Menschen noch am Leben, wenn es strengere Auflagen zum Waffenbesitz gäbe oder ein ähnliches Waffengesetz wie in Deutschland auch in den Staaten existieren würde? Eine Frage, die schwer zu beantworten ist, weil Menschen, die töten wollen, auch auf anderen Wegen an Waffen gelangen können – auch in Deutschland. Aber wozu sollte man das potenziellen Gefährdern erleichtern?

Es ist auch eine Frage der gesellschaftlichen Reife, Bereitschaft und Akzeptanz.

In Zeiten, in denen das Sicherheitsgefühl sich verschoben hat, extremistische Parteien in Parlamenten sitzen, von WIR und DIE gesprochen wird, islamistische Terrorangriffe möglich sind, die Gesellschaft immer mehr polarisiert wird, etc., kann eine Waffe schnell zu Kurzschlussreaktionen führen und bestehende Konflikte weiter eskalieren lassen. Es ist daher ein falsches Signal in einer Zeit der wachsenden Auseinandersetzungen. Auf diesem Argument baut auf, dass bestehende Konflikte dadurch durchaus schneller zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen und eventuell Todesopfer die Folge wären. Dieses Risiko besteht.

Nun zum Aspekt der persönlichen Freiheit. Kann eine Liberalisierung des Waffengesetzes teilweise zum Verlust der persönlichen Lebensfreiheit führen? – Ja. Wenn man nicht weiß, wer eine Waffe bei sich trägt und wie dessen Bereitschaft zu ihrem Einsatz aussieht, schränkt das jedes Individuum in seiner Handlungsfreiheit und seiner Sicherheitsperzeption ein. Wodurch sich die dahingehende Liberalisierung auf alltägliche Situationen auswirken würde.

Ein Waffengesetz oder eine Liberalisierung der Waffenhaltung nach dem US-amerikanischen Vorbild lehne ich daher ab!

Fabian Urbeinczyk (21), *Student der Wirtschaftswissenschaften an der Westfälischen Hochschule. Vorstandsvorsitzender der JuLis Gelsenkirchen.*

Digitalisierung in der Bundeswehr

Nachrichten über fehlende Ausrüstung, kaputte Panzer, Hubschrauber und U-Boote sind bekannt. Die Bundeswehr von heute ist nach jahrzehntelangem Schrumpfkurs in einem desolaten Zustand. Wie soll aber die Bundeswehr von morgen aussehen?

Die Regierung ist sich einig. Der Verteidigungsetat soll – gemessen am Bundeshaushalt – nicht mehr stagnieren, sondern steigen. Auch wenn das von den NATO-Staaten festgelegte 2 % Ziel nicht erreicht werden soll, werden im kommenden Jahr 42,9 Milliarden Euro in das Ressort von Frau von der Leyen fließen. Diese Summe soll sich in den darauffolgenden Jahren schrittweise erhöhen. Dabei stellt sich die Frage: Wohin mit dem Geld?

Eins ist klar: Die Kriege von morgen werden nicht mehr auf Land, See oder in der Luft gewonnen, sondern vor dem Computer, wo Hacker die Technik ihres Gegners lahmlegen und diesen somit erheblich entmachten. Die Ministerin muss also neben der Beschaffung der fehlenden Ausrüstung sowie einer Nachrüstung von Verteidigungsmitteln viel stärker als in der Vergangenheit in eine Bundeswehr der Zukunft investieren.

Mehr Investitionen in die Zukunft Spätestens seit den Hackerangriffen auf den Bundestag oder der Präsidentschaftswahl in den USA wissen wir über die essenzielle Bedeutung der Cybersicherheit. Für die innere sowie äußere Sicherheit Deutschlands auch im digitalen Zeitalter brauchen wir in der Bundeswehr Experten, die sich mit der Cybersicherheit ausgezeichnet auskennen. Der vor eineinhalb Jahren gegründete Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) soll deswegen ausgebaut und mit den klügsten Köpfen der Branche ausgerüstet werden, sodass die Armee in der Lage ist, hochkomplexe Hackerangriffe frühzeitig zu bekämpfen und gegebenenfalls selber digitale Angriffe durchzuführen. Dazu gehört auch eine hervorragende Ausbildung für die angehenden Hacker der Bundeswehr.

Darüber hinaus bringt die Drohnentechnologie große Chancen mit sich. Neben den unbemannten Aufklärungsflügen könnte man mithilfe von bewaffneten Drohnen punktuelle Angriffe vollstrecken ohne dabei das Leben eines Soldaten oder einer Soldatin zu gefährden. Daher sollte die deutsche Armee über die Beschaffung solcher Drohnen nachdenken.

Wie fast in jeder Branche kann man auch in der Verteidigung mit Big Data viel anfangen. Durch die Auswertung der Datenmasse einer Region können Krisen realistisch

Onur Büyükgök (20) *studiert BWL an der Universität zu Köln und ist stellvertretender Vorsitzender der JuLis Neuss. Ihm liegen Außen- und Wirtschaftspolitik besonders am Herzen. Erreichen könnt ihr ihn unter* ***onur199829@hotmail.com****.*

vorausgesagt werden. Die Bundeswehr sollte sich hier ebenfalls mit modernen Systemen und guten Analysten ausrüsten. Denn früh erkannte Krisen können möglicherweise auch ohne weitere Eskalationen und militärische Einsätze gelöst werden.

Dass die Verwaltung in der Bundeswehr sowie im gesamten Staat so schnell wie möglich digitalisiert werden muss, ist selbstverständlich. Dadurch werden sowohl Kosten als auch viel Zeit gespart.

Zusätzlich zu der Beschaffung und Integration moderner Techniken in die Bundeswehr sollte das Verteidigungsministerium ebenfalls in die Forschung und Entwicklung von neuen Technologien investieren. Die neulich ins Leben gerufene Agentur für Innovation in der Cybersicherheit ist dafür ein Schritt in die richtige Richtung. Wichtig ist jedoch, dass diese auch genügend finanzielle Mittel bekommt, um bedeutungsvolle Projekte durchführen zu können.

Militäreinsätze als allerletzte Lösung Die Bundeswehr braucht also tiefgreifende Veränderungen. Sie muss zuerst in ihren Strukturen und ihrer Verwaltung fit für die Zukunft gemacht werden, damit neue Technologien und Einheiten möglichst problemlos integriert werden können. Auf dem Weg zu einer funktionierenden und modernen Bundeswehr werden Jahre vergehen. Die Bundeswehr von morgen wird stärker und schlagkräftiger sein. Sie wird in der Lage sein, in kürzerer Zeit mehr Schaden anzurichten. Umso mehr müssen wir in der Zukunft versuchen, für die Krisen unserer Welt diplomatische Lösungen zu finden, bevor wir zu unserer Armee greifen.

Der folgende Artikel von Anna wurde Mitte September verfasst. Vor allem nach den schlimmen Vorfällen um den Fall Khashoggi in der Botschaft zu Istanbul möchte die Autorin mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Rolle Saudi-Arabiens und seiner Königsfamilie deutlich zu verurteilen ist und steht zu ihrer Forderung gegen Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien.

Ein neuer Stern am Himmel Saudi-Arabiens?

6

Die aktuellen emotionalen Debatten über den Export von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien machen ein weiteres Mal deutlich, welche Sensibilität derartige Diskussionen erfordern. Viele Fragen bleiben offen: Sollen Waffen an Länder wie Saudi-Arabien ausgeliefert werden? Welche Kriterien legen wir dafür an? Ein Plädoyer für einen Waffenexport, der sich an der Einhaltung von Menschenrechten orientiert.

Weder komplette Lockerung noch absolutes Verbot

Kaum ein außenpolitisches Thema polarisiert so sehr wie der Export von Rüstungsgütern. Während die eine Seite in einem kompletten Verbot der Waffenexporte die Lösung für Fluchtursachen sieht, verliert die andere Seite oftmals den Blick für das richtige Maß. Eine Lösung, die den Waffenhandel weder komplett untersagt noch mit sinnvollen Maßstäben reglementiert, scheint in weiter Ferne. Klar ist: Der Export in Regionen, in welchen sich oftmals mehrere Bevölkerungsgruppen gegenüberstehen, ist kritisch zu sehen. Eine Bewertung der Lage und berechtigte Zweifel über den tatsächlichen Verbleib der Waffen sind angebracht. Vice versa heißt das allerdings nicht, dass jegliche Unterstützung an Verbündete in instabilen Weltregionen untersagt werden muss. Bewertungsmaßstab sollte hier klar die Sicherung von Stabilität und Sicherheit in einer bestimmten Region sein.

Der neue Prinz von Saudi-Arabien

Am Beispiel Saudi-Arabiens lässt sich die Problematik mit dem Waffenhandel gut skizzieren. Zu oft wurden und werden die Menschenrechte in Saudi-Arabien verletzt. Neben der Staatspolizei finden sich auf den Straßen Saudi-Arabiens Religionspolizisten, die dafür zuständig sind, die puritanische respektive radikale Auslegung des Islams zu überwachen. Die Unmenschlichkeit dieser Auslegung wurde mir vor allem durch Rana Ahmads Bestsellerbuch schmerzlich bewusst: sexueller Missbrauch von Frauen innerhalb der Familie, der gebilligt und nicht bestraft wird. Ein Studium an der Universität? Klar, aber nur als tiefgläubiger Mann. Arbeitende Frauen sind verpönt, müssen sich vor familiärer Ablehnung fürchten.

Raif Badawi, ein saudischer Journalist, wurde für seinen islamkritischen Blog verurteilt. Nicht nur zu einer Haftstrafe. Darüber hinaus erfährt er Folter. Neben zehn Jahren Haft sind 1000 Peitschenhiebe als Bestrafung Badawis vorgesehen.

Allerdings muss anerkannt werden, dass der neue Kronprinz Saudi-Arabiens eine scheinbare Liberalisierung seines Landes vorantreibt. Er will den Islam reformieren, gesteht Frauen mehr Rechte zu. Ich verfolge die Entwicklung interessiert, bleibe aber skeptisch. Die Tür für ein reformwilliges Land sollte niemals zugeschlagen werden – zu früh aus den Angeln gehoben werden darf sie aber auch nicht.

Was soll man nun tun?

Neben einer rationalen außenpolitischen Strategie bin ich überzeugt davon, dass Menschenrechte als Richtschnur für die Entscheidung von Waffenexporte dienen können. Menschenrechte sind universell, gelten global. Wer sich an diesen Maßstab nicht halten kann, schreckt vor einer systematischen Unterdrückung des eigenen Volkes durch Waffen nicht zurück. Die Menschenrechtssituation Saudi-Arabiens muss weiterhin streng überwacht werden. Denn die politische Verantwortung für Menschenrechte endet nicht an unseren Landesgrenzen.

Anna Neumann (23) *studiert Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaften. Sie ist für die Organisation im Bezirk Westfalen-West zuständig. Ihr erreicht sie unter* ***neumann@julis.de.***

Bildnachweis: JSchilke / photocase.de

Politik ohne Worte

Léon Beck

Jahrgang 1995

Student aus Bochum

Stv. Landesvorsitzender für Presse & Öffentlichkeitsarbeit

Was zeichnet das Ruhrgebiet aus?

Wäre Liberalismus ein Gesichtsausdruck: Wie sähe er aus?

Du als Experte: Wie war die Werbekampagne zur letzten Bundestagswahl?

Was machst du neben Politik in deiner Freizeit?

Sollte ich nicht Politiker werden, werde ich ...

Was können Frauen besser als Männer?

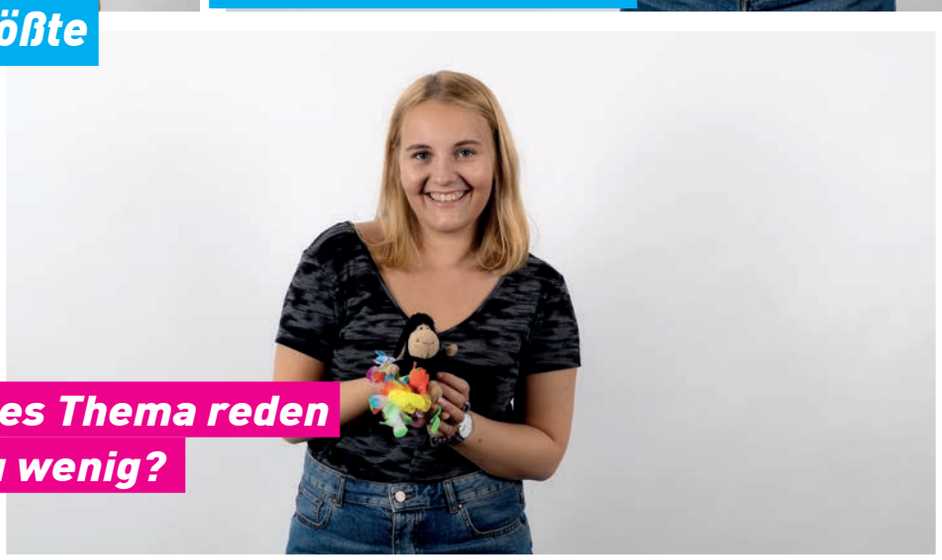
Langweilt dich Politik auch manchmal?

Christina Dumstorff

Jahrgang 1996
Beisitzerin im Landesvorstand für Organisation
Studentin aus Köln

Was ist deine größte Schwäche?

Was machst du neben Politik in deiner Freizeit?



Über welches Thema reden die JuLis zu wenig?

Raoul Brattig

Jahrgang 1992

arbeitet im Vertrieb/Außendienst

Beisitzer im Landesvorstand

Genervt, dass sich die erste Frage bereits mit deiner „Frisur“ beschäftigt?

Ist Politik heutzutage noch sexy?

Bist du manchmal neidisch auf Christian Lindner?

Wofür bewunderst du Sahra Wagenknecht?

Redest du privat viel über Politik?

LaKo 91

Zwischen harten Debatten und heißem Dancefloor

Unter dem Motto „NEW NRW: Innovation aus Tradition“ kamen am 6. und 7. Oktober rund 250 Junge Liberale aus Nordrhein-Westfalen im Kulturzentrum Herne zusammen, um den 91. Landeskongress abzuhalten. Im Zentrum des Kongresses stand die Antragsberatung. Das Antragsbuch war mit über 50 Anträgen reichlich gefüllt, weshalb zu Beginn mit dem – mittlerweile fast berühmten – Alex-Müller-Verfahren erst mal eine Antragsreihenfolge bestimmt werden musste. Die Delegierten votierten den Dringlichkeitsantrag „Schraibän nach Gehöä fabitan! – Rechtschreibung schützen“ auf die erste Stelle und knapp vor den Leitantrag. Bevor es aber mit den Debatten richtig losgehen konnte, stand noch eine Premiere auf der Tagesordnung: die erste Rede unseres Landesvorsitzenden. Jens ging dabei auf die momentanen politischen Entwicklungen ein, bewertete die Arbeit der schwarz-gelben Landesregierung mit ein paar konkreten Verbesserungsvorschlägen positiv und fasste zusammen, dass es „nie einen besseren Moment gab, um sich zu engagieren“. Nach einer Aussprache konnte dann der erste Antrag beraten werden, wobei sich in der ersten Lesung zeigte, dass der Antrag im Kern ausschließlich Unterstützer auf seiner Seite hatte. So konnte der Antrag auch fast einstimmig beschlossen werden.

Bevor der Leitantrag beraten werden konnte, stand uns mit Dr. Marco Buschmann der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion und Bundesgeschäftsführer der „APO“-Zeit Rede und Antwort. Geprägt war der Beitrag von Marco Buschmann, der selbst auch eine lange JuLi-Vergangen-

heit vorzuweisen hat und viele Jahre Landesprogrammatiker war, vom „wind of change“. Buschmann fordert, dass sich unsere Politik und die Große Koalition endlich offen zum digitalen Wandel kennen und diesen gestalten. Viel zu langsam würden wir mit der digitalen Infrastruktur vorankommen und erleben stattdessen im öffentlichen Diskurs eine große Angst vor der Digitalisierung. In der anschließenden Aussprache kamen einige Mitglieder zu Wort und forderten von der Bundestagsfraktion, diesen Mut auch verstärkt bei anderen Themen spüren zu lassen, wie der Europa- oder Steuerpolitik. Gleichzeitig gestand Buschmann auch ein, dass die Fraktion weiter an ihrer medialen Präsenz arbeiten müsse.

Im Anschluss konnte dann mit der Beratung des Leitantrags „Wirtschaftsstandort NEW NRW – Innovation aus Tradition“ begonnen werden. Darin wird das Ziel definiert, dass NRW zum besten Wirtschaftsstandort in Deutschland werden und sein Potenzial nutzen soll. Der Antrag zeichnete sich dadurch aus, dass er kein klassischer wirtschaftspolitischer Antrag ist, sondern vielmehr unterschiedlichste Politikfelder aufgreift, die aus liberaler Sicht für einen Wirtschaftsstandort entscheidend sind. Im Mittelpunkt stehen dabei bewusst die drei Ministerien, die die FDP in NRW zu verantworten hat. Neben dem Wirtschaftsministerium von Prof. Dr. Pinkwart sind in dem Antrag auch konkrete Ziele für das Bildungs- und Familienministerium von Yvonne Gebauer bzw. Dr. Joachim Stamp formuliert. Denn nur mit weltbester Bildung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann NRW attraktiv für Unternehmen und Arbeitskräfte sein.

Im Leitantrag definieren wir einen Staat, der Rahmenbedingungen setzt, sich sonst aber so weit wie möglich aus Wirtschaft und Privatleben heraushält. Jeder staatliche Eingriff benötigt eine konkrete Rechtfertigung und muss grundsätzlich hinterfragt werden. Ein besonderes Anliegen ist uns in der Wirtschaftspolitik die Situation von Gründern. Wir wollen, dass sich die Investitionsbereitschaft erhöht und neue Anreize zum Gründen geschaffen werden. Gründungsprozesse dürfen nicht durch Bürokratie aufgehalten und verzögert werden. Außerdem fordern wir konkrete Entlastungen für Bürger in NRW. Die Grunderwerbsteuer soll wieder auf 5 % gesenkt und die Zweitwohnungssteuer auf kommunaler Ebene abgeschafft werden.

Die intensivsten Debatten im Zuge der Leitantragsberatung erlebte der Landeskongress bei dem Kapitel „Innovationen freisetzen – in die Zukunft investieren“. Die Fragen, wie wir den Lehrerberuf attraktiver gestalten können und ob es Studienbeiträge für Langzeitstudierende geben soll, sorgten für harte rhetorische Auseinandersetzungen. Am Ende stimmte die überwiegende Mehrheit für einen Verbeamtungsstopp von Lehrkräften und die Einführung von Langzeitstudienbeiträgen. Insbesondere das zweite Thema war für den Landesvorstand von strategischer Bedeutung. Wir halten den Kompromiss der NRW-Koalition mit Studienbeiträgen für Nicht-EU-Ausländer für falsch. Unser Ziel, nachgelagerte und allgemeine Studienbeiträge für alle Studierende einzuführen,

bleibt weiterhin Forderung und das Ziel, ist aber mit der CDU in dieser Legislaturperiode nicht umzusetzen. Deswegen wollen wir die FDP NRW auffordern, dass man sich in dieser Legislaturperiode statt für eine Einführung von Studienbeiträgen für Nicht-EU-Ausländer für Studienbeiträge für Studierende, die das 1,5-Fache ihrer Regelstudienzeit überschreiten, einsetzt.

Eine ganz neue Forderung haben wir auch in der Familienpolitik entwickelt: Analog zu den Talentschulen wollen wir 50 Kitas für frühkindliche Bildung mit modernster Ausstattung und speziell geschultem Personal in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen errichten lassen. Außerdem hat sich der Kongress deutlich gegen beitragsfreie Kitas ausgesprochen. Rund 80 Änderungsanträge sorgten für lebhafte Debatten und am Ende dafür, dass wir den Leitantrag erst am Sonntagvormittag beschließen konnten.

Dafür konnte bereits am Samstagabend das ein oder andere Wortgefecht bei einem Kaltgetränk auf der JuLi-Party freundschaftlich geklärt werden, sodass man nicht nur programmatisch von einem gelungenen Landeskongress sprechen kann!

Antragsberatung auch im eLaVo

Auch in den Sitzungen des erweiterten Landesvorstands am Freitag vor dem LaKo haben wir wieder einige Anträge beraten, die auf dem LaKo in Kamen dorthin verwiesen worden waren. Im Sinne der Gleichberechtigung der Geschlechter fordern wir nun die Einführung der Möglichkeit einer Mutterschaftsanerkennung – analog zur Vaterschaftsanerkennung bei Männern. Eine Neuregelung ist für die umfassende Gleichberechtigung von gleichgeschlechtlichen und homosexuellen Paaren wichtig. Außerdem haben wir auch den Antrag „Strafrecht entschlacken, Rechtsstaat stärken!“ beraten und beschlossen, indem wir eine Reform des Mordparagraphen fordern und uns gegen Strafvorschriften, die sich auf bloße Tradition und Moralvorstellungen gründen, aussprechen.

Neu in unserer Beschlusslage und passend zur Europawahl ist nun auch unsere Forderung nach einer EU-Grundrechtsbeschwerde. So soll allen Personen die Möglichkeit gegeben werden, vor dem Gericht der Europäischen Union gegen EU-Verordnungen vorzugehen, wenn eine Verletzung europäischer Grundrechte nicht ausgeschlossen werden kann. Ein Antrag befasste sich auch mit einem innerverbandlichen Thema und der Forderung, dass wir auf LaKos elektronische Abstimmungshilfen nutzen sollten. Der eLaVo war sich einig, dass das ein wünschenswertes Ziel sei, dennoch zuvor evaluiert werden solle, ob dieser Wunsch in nächster Zeit überhaupt realisierbar ist. Dafür stimmte der eLaVo aber in einem letzten Antrag für eine umfangreiche Reformierung der Abgeltungssteuer. Grundsätzlich sind alle beschlossenen Anträge auf der Homepage in der Beschlusssammlung zu finden.

Wir freuen uns auf die weitere programmatische Zusammenarbeit mit euch!

Alexander Steffen (25) ist Landesprogrammatiker, Kreisvorsitzender der JuLis Mettmann und studiert in Düsseldorf Rechtswissenschaften. Ihr erreicht ihn unter **Alexander.steffen@julis-nrw.de.**

Die Wehrpflicht, das gestohlene Jahr

Woran denken wir, wenn wir den Begriff „Wehrpflicht“ hören? Der Großvater erzählt von seinem Einsatz im 2. Weltkrieg, die Mutter von der Jugendliebe, welche sie zum Antritt des Wehrdienstes auf Zeit verlassen musste, und der Vater meist von endlosen Monaten, die unter Zwang absolviert wurden. Positive Erinnerungen an die niemals endenden Wochen in viel zu kleinen Zimmern fernab von Familie und Freunden und den Erinnerungen an ständigen militärischen Zwang werden nur selten ausgetauscht.

Bildnachweis: mademoiselle bonnet ! / photocase.de

Deutschland allerdings, speziell die konservativen Stimmen, spricht wieder über die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht. Sieben Jahre schon ist die Wehrpflicht ausgesetzt, insbesondere in Reihen der Christdemokraten wird ihr hinterhergetrauert. Das Jahr beim Bund steht bei vielen für Engagement in der Gesellschaft, Verantwortungsbewusstsein und für die Bereitschaft, Schutz für die Allgemeinheit zu übernehmen. Hier sollen Werte und Normen, die das gesamte System Deutschlands prägen, vermittelt werden. Die Bundeswehr soll so die „innere Einheit“ Deutschlands symbolisieren.

Diese Denkweise ist jedoch weder liberal noch wirtschaftlich und zudem wenig zeitgemäß. Die Wehrpflicht ist absolut überholt – von den 29 NATO-Mitgliedsstaaten halten nur noch vier Staaten an dem verpflichtenden Jahr fernab von Selbstbestimmung fest. Die anderen Nationen haben eingesehen, dass die Wehrpflicht nicht als Erziehungsinstrument für junge Menschen angewendet werden kann.

Der Wehrdienst symbolisiert außerdem nicht den Zusammenhalt Deutschlands. Das tun andere Institutionen, Familie und der stetige Wunsch nach Fortschritt. Ein „Zurück“ wäre ein falsches Zeichen an unsere progressiv denkende Jugend. Wir wollen keine Strukturen wie in der Türkei, wir wollen Freiheit und Selbstbestimmung über unsere Zukunft.

Des Weiteren: Deutschland befindet sich in einer Friedensphase. Eine Wehrdienstarmee könnte aufgrund fehlender Qualifikation

und Ausbildung weder international politische Krisen beenden noch im Kampf gegen Nationen mit stärkerer Ausrüstung, insbesondere mit Massenvernichtungswaffen, helfen. Anstatt Geld in die bürokratischen Verfahren, die bei der Wehrpflicht anfallen würden, zu stecken und die unmotivierten Pflichtdiener für unqualifizierte Arbeit zu bezahlen, sollten lieber die Flugzeuge und Panzer modernisiert werden und im Falle des Falles wieder betriebsbereit sein.

Deutschland benötigt keine Armee demotivierter junger Männer, die ihre Zeit gerne anders verbringen würden. Deutschland benötigt eine klar strukturierte, ideal ausgebildete und modern ausgestattete Armee mit viel Motivation, Engagement und Leidenschaft. Menschen, die auch den Wandel internationaler Gefahren wie Cyberterrorismus einschätzen und bekämpfen können. Qualifizierte Berufssoldaten.

Von den angeblich edlen Motiven der Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft ist ebenfalls wenig zu spüren. Die Wehrpflicht führt vor allem zu einem: zur Verringerung der freien Lebens- (und Arbeits)zeit, inklusive aller Folgen für die Sozialversicherungssysteme. Aus wirtschaftlicher Perspektive erfolgt so ein Standortnachteil für unsere Handelsnation:

Nils Mehrer (17) *ist Schüler aus Dortmund. Er leitet den Arbeitskreis der Liberalen Schüler und ist stv. Kreisvorsitzender in Dortmund. Ihr erreicht ihn unter* **nils.mehrer@julis.de.**

Die Einstiegs- und Aufstiegschancen sind in internationalen Unternehmen deutlich schwieriger, da Angehörige von Staaten ohne die Pflicht bereits über ein Jahr mehr Berufserfahrung verfügen. Es wird jedem Menschen ein Jahr des Lebens geraubt, in welchem er sich hätte weiterbilden können, und so Möglichkeiten für spätere Karrieren erschwert. Was hat der Staat davon, junge Menschen davon abzuhalten, qualifizierte Berufe zu erlernen?

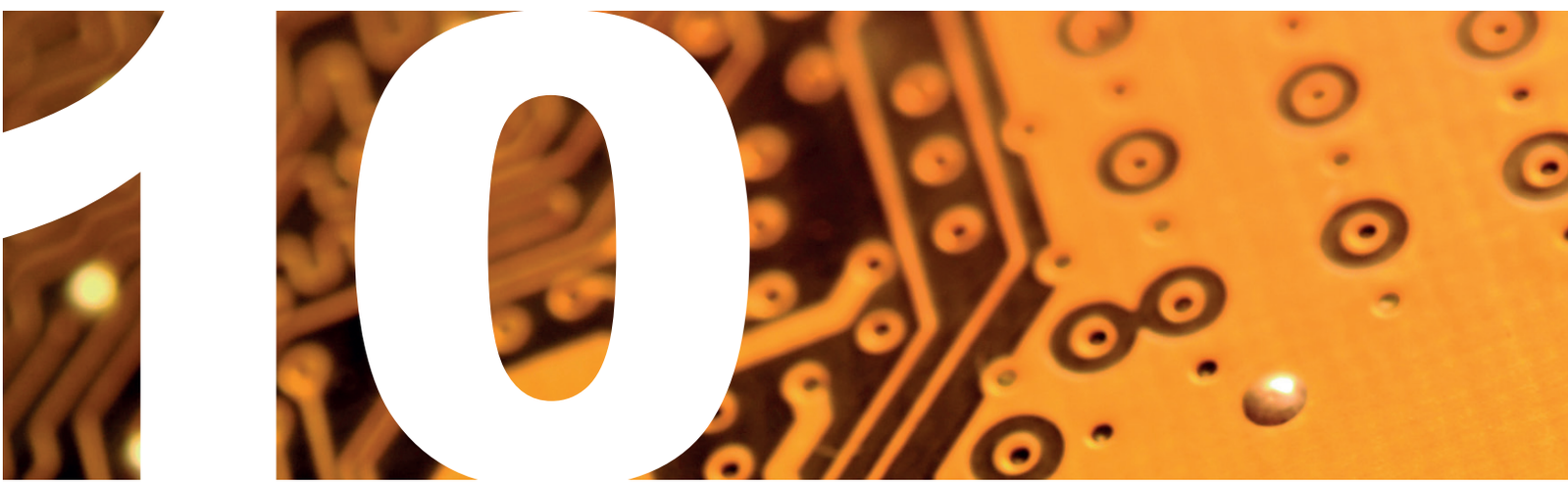
Auch der Ersatzdienst für Menschen, die nicht an der Waffe dienen möchten, ist nicht im Sinne einer liberalen Gesellschaft. Anstatt ein verpflichtendes soziales Jahr einzuführen, sollte die Politik für einen qualitativ hochwertigeren Ausbau der Freiwilligendienste sorgen, junge Menschen, die etwas Gutes tun wollen, gibt es in diesem Land schließlich genug. Der allgemeine Notstand im Personalschlüssel und weitere Probleme in der Pflege werden durch den Dienst allerdings nicht durch unqualifizierte Pflichtkräfte gelöst.

Per se sind die Leitgedanken des Dienstes im eigenen Land ja nicht schlecht. Wer dem Staate dienen möchte (egal, ob im sozialen oder militärischen Bereich,) dem sollen auch alle Türen offen stehen. Wir sprechen uns aber gegen einen Zwang aus. Jeder Mensch sollte selbst entscheiden dürfen, was er nach seinem Schulabschluss machen möchte, Erfahrungen sammeln und sich auf ein späteres Berufsleben vorbereiten. Ihm soll beim Bund kein Jahr gestohlen werden, wobei dann höchstens halbherzig agiert wird und die Gemeinschaft letzten Endes (abgesehen vom Verschwenden ihrer Steuern) nichts davon hat.

Selbstbestimmung vor Zwang. Das ist unsere Devise.

Schluss mit den SciFi-Horrorvisionen – Ein Plädoyer für die Forschungsfreiheit

Mit der Forschungsfreiheit ist es in NRW durch die neue Regierung bald hoffentlich wieder bessergestellt. Dennoch werden sich weiterhin viele Menschen an militärischer Forschung und insbesondere an der Entwicklung autonomer Waffensysteme stören. Gefüttert wird diese Angst durch Schreckensbilder von mordenden Maschinen, die sich gegen ihre Schöpfer auflehnen und alles vernichten, was sich ihnen in den Weg stellt. Ich kann diese Bedenken nicht verstehen …



Ist Krieg etwas Schönes oder gar Wünschenswertes? Ich hoffe mal, dass ihr jetzt innerlich mit „Nein“ antwortet. Eigentlich wollen wir doch alle Weltfrieden. Nur leider scheint es, als ob wir darauf noch etwas warten müssten. Zwar ist ein Krieg für uns in Deutschland glücklicherweise nicht in Sicht, aber wer weiß schon, was in Zeiten von Trump, Putin und internationalem Terrorismus noch passieren wird. Wie soll die militärische Sicherheit in Zukunft aussehen? Drehen wir hierfür die Zeit mal ziemlich genau hundert Jahre zurück. Keine Sorge, das wird jetzt kein militärhistorischer Artikel, aber manchmal hilft es dann doch, aus der Vergangenheit zu lernen.

1918 endete der Erste Weltkrieg und die Opferzahlen beliefen sich auf etwa 17 Millionen Menschen. Das muss man erst einmal sacken lassen. Eine Opferzahl so hoch wie die Einwohnerzahl des Landes NRW. Wie konnte es dazu kommen? Zum einen war Krieg damals ein legitimes politisches Mittel und wurde von Politikern unterschiedlicher Couleur angestrebt. Zum anderen war im Ersten Weltkrieg ein Verhältnis von Angreifenden zu Verteidigenden von 3:1 notwendig, um als Angreifer eine Chance zu haben. Die Verteidigung war massiv überlegen und es folgten jahrelange Stellungsschlachten, die in explodierenden Opferzahlen resultierten. Die Frontlinien bewegten sich kein bisschen. Wie also konnte in diesem Krieg dennoch eine Entscheidung herbeigeführt werden?

Ein wichtiger Faktor war die Entwicklung von Panzerfahrzeugen, die spätestens mit dem Kriegseintritt der USA den Krieg entschieden. Es war also (unter anderem) der technologische Fortschritt, der das Kriegstreiben beendete und die Kriegsführung für immer veränderte. Genauso passierte es vorher schon mit der Erfindung des Schießpulvers und auch danach durch die Entwicklung nuklearer Sprengkörper, auch wenn diese erst mal selber für ungeheuerliches Leid gesorgt haben. Nun stelle ich mal eine provokante Frage: Sollte ein Krieg oder eine Intervention der internationalen Staatengemeinschaft unausweichlich sein, soll man dann wieder wie im Ersten Weltkrieg Masse gegen Masse ankämpfen lassen oder sollte man vielleicht versuchen, so wenig Opfer wie möglich zu riskieren?

Zivile Opfer und Eigenschutz

Allein wenn man an zivile Opfer denkt, sollte die Antwort hier sehr klar ausfallen. Ein Soldat, welcher in einer unvorstellba-

ren Stresssituation im Gefecht steckt, muss in Bruchteilen einer Sekunde entscheiden, ob sein Gegenüber ein Feind, ein Freund oder ein Unbeteiligter ist. Dabei ist stets das eigene Leben in Gefahr und vollkommen rational werden in dieser Situation auch wohl die wenigsten handeln. So kann es durchaus zu falschen Entscheidungen kommen, die oftmals zu Lasten der Zivilbevölkerung gehen. Von möglichen Rachegelüsten manch Einzelner möchte ich gar nicht erst sprechen. Selbstverständlich werden Soldaten in Deutschland gut ausgebildet und bestmöglich auf solche Situationen vorbereitet. Aber trainieren kann man den Ernstfall nie.

Da wäre es dann doch deutlich sinnvoller, dass der Soldat hier der Situation entzogen wird und seine Entscheidungen von außerhalb treffen kann. So kann besser sichergestellt werden, dass die Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen gefällt werden. Auch denkbar wäre eine rein unterstützende Rolle der autonomen Systeme, beispielsweise wenn diese genutzt werden können, um eine Stellung zu umkreisen, und so ein ungefährlicheres Nachrücken menschlicher Soldaten ermöglichen, welche die Zielperson(en) im besten Falle dann nur noch verhaften müssten. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig und vieles kann man sich auch heute noch gar nicht ausdenken; Stichwort Cyberwarfare. Aber ist es da wirklich an uns, pauschal darüber zu richten, dass in diese Richtung gar nicht erst geforscht werden darf? Mal abgesehen davon, dass das Aufgeben der eigenen Forschung nicht gleichbedeutend mit der Aufgabe der Forschung anderer Länder ist.

Oftmals wird das Argument angebracht, dass durch autonome Systeme und den „Angriff per Joystick“ die Hemmschwelle sinken würde und die Soldaten emotional gar nichts mehr mit der Situation selber zu tun hätten. Selbstverständlich muss hier Missbrauch vorgebeugt werden. Viel eher sollte man aber die Frage stellen, ob man es denn als liberaler Staat verantworten kann, seine Soldaten ins Risiko zu schicken, anstatt sie bestmöglich zu schützen. Mir persönlich ist ein Soldat, welcher in Ruhe eine überlegte Entscheidung treffen kann, lieber als einer, der unter Einsatz seines Lebens aus Versehen die falsche trifft. Auf lange Sicht hätte aber natürlich auch die Idee von einem „vollrobotisierten Krieg“ ihren Charme. Lieber würde ich einen dritten Weltkrieg sehen, in dem ferngesteuerte Roboter gegeneinander kämpfen, als dass noch mal Millionen von Menschen ihr Leben verlieren. Im Idealfall wird es dazu aber niemals kommen, hier vertraue ich weiterhin auf Demokratie und Diplomatie!

Und wenn doch die Killerroboter kommen?

Kritisch sehe ich allerdings die Entwicklung sogenannter „tödlicher autonomer Systeme“. Erst im Sommer gab es bei der UN erneute Diskussionen über ein Verbot. Die Bundesregierung schließt sich diesem Verbotswunsch an, entgegen dern Bestrebungen aus den USA, Russland oder Israel. Zwar ist es sinnvoll, dass Militärsysteme immer effizienter und schneller werden, um zum einen Kollateralschäden zu minimieren und zum anderen in zeitlich kritischen Situationen schneller entscheiden zu können. Hierfür leisten Ingenieure in aller Welt tolle Arbeit. Die letzte Entscheidung über Leben und Tod sollte, meiner Meinung nach, allerdings noch immer dem Menschen überlassen sein. Ein Algorithmus wird nie hundertprozentig in der Lage sein, nach moralischen und ethischen Überlegungen zu handeln.

Aber genau deshalb sollten wir jetzt die Forschung an autonomen Systemen in Deutschland intensivieren, damit jede kriegerische Handlung, sofern sie unausweichlich sein sollte, möglichst schonend für alle Beteiligten ablaufen kann und nur das eigentliche Ziel auch wirklich getroffen wird. Überlassen wir das Feld nicht den anderen Staaten, die leider oftmals noch in anderen Denkmustern gefangen sind oder nebenher Autokraten unterstützen. Ob Systeme erlaubt oder verboten werden, kann man erst entscheiden, wenn es diese überhaupt gibt, präventive Verbote hingegen sorgen nur für weiteres Leid. Schützen wir die Forschungsfreiheit und pauschalisieren nicht alle technischen Forschungsfelder als Kriegsmaschinerie. Die zahllosem zivilen Opfer und Soldaten mit traumatischen Erfahrungen aus Kriegsgebieten werden es uns danken.

Fabian Schefczik (24) *promoviert in Physik an der Ruhr-Universität Bochum und ist Pressesprecher der JuLis Bochum. Als Naturwissenschaftler liegt ihm die Forschungsfreiheit sehr am Herzen. Ihr erreicht ihn unter* **fabian.schefczik@julis.de.**

Bildnachweis: himberry / photocase.de

Marc Bauer (23) *studiert Jura an der Uni Köln und ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der JuLis Köln/Bonn. Ihr erreicht ihn unter* **marc.bauer@julis.de .**

DIE NATO
Alles andere als ein Auslaufmodell!

Linke und Rechte sind sich selten so einig wie in der Ablehnung der USA. Die Vereinigten Staaten sind und bleiben Projektionsfläche für ein Freund-Feind-Denken, dem die transatlantische Zusammenarbeit ein Dorn im Auge ist. Aktuell freilich haben es jene besonders leicht, die Amerika aus der Gemeinschaft mit Europa herauslösen wollen. Arbeitet der US-Präsident, sei es vorsätzlich oder grob fahrlässig, doch daran, Brücken über den Atlantik abzureißen. Zu seiner Holzhammer-Diplomatie gesellt sich ein politischer Kurs, der die USA zunehmend von jenen Werten entfremdet, die sie mit der EU teilt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Berechtigung die NATO, als wohl wichtigste Institution der transatlantischen Partnerschaft, noch hat.

Neue Bedrohungen

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde schon einmal über die Existenzberechtigung der NATO nachgedacht, in einer Zeit, in der viele eine „Pax Americana“ erwarteten, eine lang anhaltende Friedensphase unter der Verantwortung der einzig verbliebenen Supermacht der Welt, der USA. Heute dagegen schwingt das Pendel wieder zurück: Offene militärische Konflikte in der Ukraine, Chinas aggressiver Versuch, die regionale Vorherrschaft zu erringen, und die unübersichtliche Lage im Nahen Osten offenbaren die Notwendigkeit eines Verteidigungsbündnisses. Hinzu kommen terroristische Verbände, die teils die staatlichen Strukturen unterwandern, teilweise aber auch selbst staatenähnliche Formen annehmen, wie der IS. In Zeiten wie diesen ist militärische Zusammenarbeit wichtiger denn je.

Neue Strukturen

Die Abkapselung der USA von ihren europäischen Verbündeten einerseits, der Ruf nach einer immer engeren Gemeinschaft der europäischen Staaten andererseits führen schnell zu der Idee, die NATO durch eine rein europäische Verteidigungsgemeinschaft zu ersetzen. An dem Gedanken ist richtig, dass die EU durch eine größere Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung und Rüstung effizienter und sparsamer werden kann. Gemeinsame Beschaffung, gemeinsame Standards, gemeinsame technische Dienste, vor allem aber auch gemeinsame Truppenverbände können den großen Abstand zwischen dem militärischen Gewicht der USA und der EU verkleinern. Denn dieser ist nicht nur durch geringere Militärausgaben, sondern auch durch niedrigere Effizienz bedingt. Europas Armeen sollen nie wieder einander angreifen. Perspektivisch ist daher eine gemeinsame europäische Armee unter demokratischer Kontrolle des EU-Parlaments vorzuziehen.

Bildnachweis: Stock Adobe / railwayfx

Auf dem Weg dahin sind zwei parallele Entwicklungen nötig. Zum einen der Aufbau einer spezifisch europäischen Militärbehörde, mit einem europäischen Kommandozentrum und einer europäischen Militärakademie. Zum anderen ein von dieser europäischen Behörde im Einvernehmen mit den Mitgliedsstaaten beschlossener Rahmen für Rüstungsprojekte, Waffensysteme, Ausbildungsstandards und technische und andere Normen der nationalen Armeen, die Schritt für Schritt vereinheitlicht werden. Zugleich sind die gemeinsamen Kampfverbände, die in grenznahen und strategisch günstigen Punkten stationiert werden, auszubauen und zu institutionalisieren. Es folgt daraufhin ein weiterer Ausbau der europäischen Ausbildungs- und Kommandostrukturen und als Erstes die Gründung von europäischen Spezialeinheiten z. B. für Cyberwar und Spezialeinsätze. Schließlich werden die gemeinsamen Kampfverbände in die europäische Kommandostruktur integriert. Die Restintegration ist dann nur noch eine Frage der Zeit und kann auch durch die Zusammenlegung kleinerer europäischer Armeen beschleunigt werden. Die EU-Militärbehörde untersteht schon seit ihrer Gründung an der Kontrolle des europäischen Parlaments; die maßgeblich durch das Bundesverfassungsgericht geprägte Stellung der Bundeswehr als Parlamentsheer ist hier vorbildhaft.

Das alles ist aber kein Argument gegen die NATO. Im Gegenteil, ein Zusammenwachsen der europäischen Armeen ermöglicht ein echtes Agieren auf Augenhöhe. Der Streit um die Erreichung des 2-%-Ziels für die Militärausgaben, gemessen am BIP, dürfte sich entschärfen, wenn die Schlagkraft der europäischen Partner dank Synergieeffekte zunähme. Es braucht die NATO, weil in Zeiten globaler Bedrohungen Europa sich nicht einigeln darf und kann. Europa darf nicht abseits stehen und den anderen Mächten die Weltbühne überlassen, es muss die transatlantische Partnerschaft erhalten und erneuern und so auch, wo nötig, als Ordnungsmacht eingreifen können. Der Syrienkrieg, in dem die europäischen Länder bloße Zaungäste waren, darf nicht zum Muster für künftige Kriege werden. Europa darf nicht zusehen, wie andere Mächte (wieder) damit beginnen, Staaten, gar Weltregionen in jeweilige Interessensphären aufzuteilen, in denen sich das Konzept universaler Menschenrechte und eines verbindlichen Völkerrechts vollendeten Tatsachen beugen muss.

Neue Aufgaben

Die Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht für junge Menschen, so absurd sie ansonsten geführt wird, zeigt doch eines deutlich: Auf die Personalstärke kommt es heute im Militär nicht mehr an, argumentiert wird ja mehr mit Pflegekräften als Soldaten. Soldaten bedeuten heutzutage nicht mehr Verteidigungsbereitschaft. Die NATO muss, um ihre Legitimation zu stärken, sich noch stärker auf die Szenarien moderner Kriegsführung einstellen: auf Cyberwars, auf hybride Kriegsführung, auf den Einsatz von Spezialeinheiten. Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung von Zuständigkeiten zwischen den Partnern fördert Expertise und Schlagkraft. Sie muss, so eine weltweite Ächtung scheitert, beim Einsatz automatisierter Waffensysteme mithalten, um auch dort weiterhin ein Gleichgewicht des Schreckens zu halten, das im Kalten Krieg die Eskalation verhinderte. Die NATO muss ihre Einsatzfähigkeit erhöhen und von ihren Mitgliedern ein höheres Maß an akut verfügbaren Kräften verlangen. In schnelllebigen Konflikten darf sie nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Zugleich bedarf es eines Grundsatzkodex, in welchen Fällen ein NATO-Einsatz auch außerhalb eines Mandats des UN-Sicherheitsrats infrage kommt und welche Kriterien abzuwägen sind – unter gleichzeitigem Verzicht auf nationale Alleingänge, aber auch nationale Verweigerung.

Die NATO ist eine Wertegemeinschaft

Die NATO hat auch deshalb ihren Platz in der Zukunft des transatlantischen Bündnisses, weil sie eine integrierende Wirkung für ihre Mitgliedsstaaten hat. Vertrauensbildende Maßnahmen, gemeinsame Kooperationen, eine verfestigte Gesprächskultur tragen dazu bei, die gemeinsamen Bande zu festigen. Die wertbewahrende Funktion der NATO setzt aber auch einen wertewahrenden Grundkonsens bei allen Mitgliedsstaaten voraus. Ein Staat, der sich dauerhaft für einen vollständigen Bruch mit diesen Werten entschieden hat, der also zum innenpolitischen Feind der Prinzipien und Institutionen geworden ist, die es nach außen als NATO zu beschützen gilt, kann nicht mehr die Solidarität der NATO-Partner in Anspruch nehmen. Freilich, die Erfahrung zeigt, dass ein völliger Bruch mit einem ins Autoritäre abrutschenden Staat für dessen Entwicklung und für die Sicherheitsinteressen der übrigen NATO-Staaten nicht die beste Option ist. Hier gilt es klug abzuwägen. Nicht zuletzt ist die militärische Ebene auch diejenige, wo die Bande zwischen den USA und Europa am stärksten geknüpft sind. Diese zu lösen, bedeutet einen weiteren Schritt hin zu einem gespaltenen Westen. Das kann niemand wollen, dem die Selbstbehauptung westlicher Werte im Zeitalter ihrer wieder zunehmend aggressiven Negation am Herzen liegt.

Ein starkes Europa gibt es nur in einer starken NATO

Die westliche Wertegemeinschaft, das transatlantische Bündnis, sieht sich wachsenden militärischen, aber auch ideologischen Herausforderungen gegenüber. In dieser Situation ist die gewachsene Struktur der NATO integraler Bestandteil unserer europäischen Sicherheitsarchitektur.

Die letzte Seite

Konntet Ihr im letzten Magazin noch testen, ob ihr bei den Jungen Liberalen auch aus natürlich exakt wissenschaftlichen Blickwinkeln genau richtig seid, folgt in diesem Magazin eine Zusammenstellung aus Sprüchen, die ihr ohne Probleme auf jedem LaKo (vielleicht ja auch auf dem letzten in Herne) aber auch möglicherweise in dem ein oder anderen Schlafzimmer hören könntet. Selbstverständlich bleiben die „Autoren" auf dieser Seite anonym. Denkt daran: Die letzte Seite dient dem Vergnügen und nicht der ernsten Auseinandersetzung bis in das letzte Detail!

„Wir sind jung und wir sind frei und eins ist klar, wir sind dabei"

„Das kriege ich im Leben nicht hochgemüllert…"

„Wir sind der Stachel im Fleisch"

„Alle unter 18-Jährigen müssen jetzt raus"

„Wir müssen nach links. Nein, nach rechts. In die Mitte!"

„Könnten sich die Grüppchen da hinten bitte auflösen"

„Das regelt der Marc"

„Leistung muss sich wieder lohnen!"

„Du hast bereits um 30 Sekunden überzogen; komm bitte zum Schluss!"

„Die Formulare zur Fahrtkostenerstattung liegen beim Tagungscounter"

„Wir unterbrechen für ein Grußwort von Christian Lindner"

„Glückwunsch! Das war Dein erstes Mal. Hier hast Du einen Turnbeutel zur Belohnung!"

„Wir brauchen hier mehr Frauen"

„Als nächstes kommt Tim, dann kann sich auch schon Marc bereithalten"

„Ich sehe da eine Zwischenfrage aus dem Münsterland"

„Och ne, nicht schon wieder bis 3 Uhr nachts…"

„Am Sonntag bin ich wegen der Party immer unkonzentriert"

Die letzte Seite

12

DKV

Mein Gesundheitstipp:

Vorteile clever kombinieren.
Gesetzlich versichert – privat behandelt.

BestMed Kombitarife zur GKV.
Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte.

Einfach anrufen:
0179 4691889

Alle DKV-Produkte gibt es auch bei:
Sebastian T. Stachelhaus
www.ergo-stachelhaus.de
0179 4691889
Alte Rather Str. 108, 47802 Krefeld

Der Gesundheitsversicherer der ERGO

Ich vertrau der DKV